
Christliche Demokraten gegen Hitler

Günter Buchstab / Brigitte Kaff /
Hans-Otto Kleinmann

Die Unionsparteien und der deutsche Widerstand gegen Hitler

Ein fester Bestandteil des Selbstverständnisses und Geschichtsbildes der Unionsparteien ist die „ideelle Gründung“ in den Gefängnissen des Dritten Reiches und in den ungezählten Gesprächen und Zusammenkünften im Widerstand. So heißt es unter der Überschrift „Wer wir sind“ im Hamburger Grundsatzprogramm der CDU von 1994, die CDU habe, als neue Volkspartei entstanden, ihre geistigen und politischen Wurzeln – wie in der Sozialethik der christlichen Kirchen und in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung – „im christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime“. Leo Schwing, ein Kölner Mitgründer, sprach in Analogie zur frühen Märtyrergeschichte des Christentums vom „Katakombengeist“, der in den Widerstandskreisen und Gestapogefängnissen die überkommenen konfessionellen, politischen und sozialen Gegensätze ausgelöscht und der Idee einer christlich-demokratischen Volkspartei die unwiderstehliche Kraft verliehen habe. Gleiches bezeugt Josef Müller, Mitgründer und erster Vorsitzender der CSU: Sein Entschluß, evangelische und katholische Christen, die Träger des geistigen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gewesen seien, zur politischen Arbeit in einer neuen „dynamischen Gruppierung“ zusammenzuführen, sei in den bittersten Stunden der Haft und Todesnot im Konzentrationslager gefaßt worden.

Der christlich motivierte, „politische“ Widerstand bildete das Bindeglied zwischen älteren konfessionellen Traditionen und der Politik der Nachkriegszeit. Seine enge Verflechtung mit anderen Widerstandsgruppen, sein beachtlicher Anteil an der Zahl der Verfolgten und Opfer wie auch seine Wirkungsgeschichte bis in die politischen Neuanfänge nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sind von der Zeitgeschichte erst nach und nach herausgearbeitet worden.

Christliche Demokraten als politische Gruppe

Oft wird übersehen, daß es im Dritten Reich neben dem Widerstand der sozialistischen Arbeiterbewegung sowie den kirchlichen und militärischen Widerstandskomplexen auch einen „politischen“ Widerstand gab, der aus der kompromißlosen Dissenshaltung ehemaliger Mitglieder und Funktionsträger der nichtsozialistischen „Weimarer“ Parteien und Gewerkschaften hervorging. Freilich handelte es sich hier um keine einheitliche Gruppe oder Bewegung. Die Mehrheit bestand aus ehemaligen Mitgliedern des Zentrums bzw. der BVP, den Parteien des politischen Katholizismus, und der Christlichen Gewerkschaften, die einen festen Rückhalt in der katholischen Kirche und deren Vereinswesen hatten. Darüber hinaus sind jedoch fast alle weltanschaulichen und parteipolitischen Positionen von christlich-sozial und liberal bis zu nationalkonservativ anzutreffen, die das Christentum als Gegenpol zum Nationalsozialismus und als Maßstab einer auf Menschenwürde und Solidarität gegründeten Lebensordnung sahen. Wie die Herkunft war auch das Widerstandsspektrum dieser politischen Gruppierungen höchst unterschiedlich. Es reichte von passiver Ablehnung und Verweigerung über die Beteiligung an Gesprächskreisen, Planungen oder Vorbereitungen für das „Danach“ bis zur Bereitschaft für die Über-

nahme einer Regierungsfunktion nach Beseitigung der NS-Diktatur und bis zur Verschwörung mit dem Ziel eines gewaltsamen Umsturzes. Die Personengruppe, von der hier die Rede ist, läßt sich weder dem christlichen Widerstand aus dem Umfeld der Kirchen zurechnen, noch kann sie pauschal und in Abgrenzung zum „antifaschistischen“ Widerstand der Arbeiterbewegung als „bürgerliche“ Opposition begriffen werden. Das ist zwar oft zu lesen und zu hören, nichtsdestoweniger aber eine verzerrende Sicht. Vielmehr spricht vieles dafür, neben die Sozialdemokraten, Kommunisten und andere „politisch“ handelnde Widerstandsgruppen, die sich auf das Substrat der aufgelösten Weimarer Parteien stützten, die „christlichen Demokraten“ zu stellen. Ihre Identität bestimmt sich im wesentlichen durch vier Merkmale: erstens durch ihr politisch-soziales Engagement im politischen System der Weimarer Republik, zweitens durch ihre entschiedene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, drittens durch ihre aktive Vorbereitung einer Erneuerung von Politik und Gesellschaft im Geiste des Christentums und viertens durch ihren Beitrag zur politischen Neuformierung der Demokratie.

Die personelle Kontinuität der politischen Elite von Weimar zur Nachkriegsdemokratie über den Abgrund der zwölf Jahre Nationalsozialismus hinweg gilt auch für die Führungsgruppen, die aus christlich geprägter demokratischer Verantwortung vor 1933 politisch aktiv waren. Fast alle, die uns als Unionsgründer begegnen und die zu den führenden Politikern des demokratischen Neubeginns und der frühen Bundesrepublik gezählt werden können, hatten bereits herausgehobene Positionen in der Weimarer Republik inne: Sie waren Mitglied eines Stadtrates oder Landtages, nicht wenige Reichstagsabgeordnete oder Sekretäre der Christlichen Gewerkschaften bzw. Funktionäre in christlichen Arbeiterorganisationen gewesen, sie hatten als Geschäftsführer von Genossenschaften oder Interessenverbänden gewirkt, manche auch in einem Kirchenamt, es gab unter ih-

nen ehemalige Landräte, Bürgermeister, Regierungspräsidenten und höhere Ministerialbeamte. Einige waren sogar Minister in Weimarer Kabinetten gewesen oder hatten wie Adenauer als Vorsitzender des Preußischen Staatsrates eine hohe Verfassungsfunktion ausgeübt. Jüngere Jahrgänge, die sich in einer Partei oder einer gesellschaftlichen Organisation zur Beteiligung am politischen Leben entschlossen hatten, befanden sich auf dem Weg in die Führungsgruppe, als die Nationalsozialisten die Macht übernahmen. Auch nach Auflösung des Parteiensystems und Verbandswesens der Weimarer Republik, blieben sie jedoch politisch „bereit“ und bildeten ein Oppositionspotential, das im Dritten Reich für den aktiven Widerstand ansprechbar war und auf das nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes die alliierten Sieger zurückgriffen, als es um die Neuerrichtung demokratischer Regierungs- und Verwaltungsstrukturen in den Besatzungszonen ging. Als staatstragende Kräfte hatten sie in den letzten dramatischen Krisenjahren der ersten Republik das deutsche Wählervolk vor der Bedrohung der Demokratie und des Friedens durch die Nationalsozialisten gewarnt. Ihr Widerstand gegen Hitler war, unabhängig davon, bis zu welcher Stufe ihr Widerstandshandeln letztlich ging, politischer Natur auch deshalb, weil er so vom Regime selbst beurteilt wurde.

Von den Nationalsozialisten wurden die „christlichen Demokraten“ wie die Sozialdemokraten und Kommunisten von Anfang an als Feinde angesehen und behandelt. Mit der Auflösung der Parteien wurde deren gesamtes Personal entlassen, einschließlich der Journalisten und Redakteure ihrer Presseorgane. Diejenigen Beamten und öffentlich Bediensteten, die einer konfessionellen oder liberalen Partei angehörten oder nahestanden, wurden unter dem Vorwurf, „unwürdige Staatsstelleninhaber“ zu sein, von ihren Posten entfernt. Die Maßnahmen der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik trafen die Parlamentarier und Regierungsmitglieder der deutschen Länder ebenso wie

die Funktionsträger der Gewerkschaften, Berufs- und Interessenverbände. Wer sich nicht zur Mitarbeit im NS-Staat bereit erklärte, wurde mit Diffamierungskampagnen der NS-Presse, mit Untersuchungsverfahren wegen Korruption, Untreue, Unterschlagung usw. oder mit Gewaltmaßnahmen „ausgeschaltet“. Die gleichen Mittel kamen in den Kommunen und Kreisverwaltungen zum Einsatz, um die so verunglimpften „Systembonzen“ aus ihren Ämtern zu drängen.

Die Verfolgung als Gegner des Nationalsozialismus begann damit, daß die Betroffenen praktisch auf die Straße gesetzt wurden. Der totalitäre Staat versetzte seine Gegner, von denen er Widerstand erwarten konnte, von vornherein in einen Zustand völliger Ohnmacht, wenn er sie nicht gar wie die Kommunisten als erklärte Staatsfeinde mit Vernichtungsabsicht verfolgte. Jede Protest- und Widerstandshaltung wurde im Ansatz bekämpft und dazu die ganze Bandbreite polizeilichen und justizstaatlichen Zwangs angewendet: vorläufige Festnahme, Vernehmung, Hausdurchsuchung, Schutzhaft, Überwachung durch die Gestapo und Voruntersuchungsverfahren. Kaum einen gab es unter den Politikern und Funktionären des politischen Systems von Weimar, der in den Jahren 1933/34 nicht wenigstens eine dieser auf Abschreckung und Diskriminierung gerichteten Maßnahmen am eigenen Leibe verspüren mußte. Hatte die erste Verfolgungswelle vornehmlich die „Linken“, die als hochverräterisch abgestempelten Kommunisten und Sozialdemokraten, aber auch zusammen mit den anderen Arbeiterorganisationen die Christlichen Gewerkschaften getroffen, wurden die nichtkonformen Mitglieder und Funktionäre der Mitteparteien die nächsten Opfer des NS-Terrors. Die lähmende Wirkung, die diese gezielten Schläge der Staatsmacht gleich zu Beginn des NS-Regimes auf die Gruppen der Regimegegner ausübten, wird oft verkannt. Durch die frühen Verfolgungsaktionen wußten sich die Betroffenen als politisch „unzuverlässige“ Elemente identifi-

ziert und damit als potentielle Träger des Widerstandes „erfaßt“. Das macht die „Aktion Gewitter“ nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 besonders deutlich, in der die Gestapo die ehemaligen Reichs- und Landtagsabgeordneten, Stadtverordneten, Partei- und Gewerkschaftssekretäre der verbotenen und aufgelösten Weimarer Parteien reichsweit verhaftete und in Gefängnisse und Konzentrationslager einlieferte. Es waren Tausende: die politische Elite der Weimarer „Systemzeit“. Denn in ihren Kreisen wurden als erstes die Mitwisser und Mittäter des Umsturzversuches vermutet. Darüber hinaus sollte mit ihnen auch die potentielle Führungsschicht für ein demokratisches Deutschland nach Hitler ausgeschaltet werden.

Unbestreitbar war es ein politischer Vorgang in der Geschichte des deutschen Widerstandes, daß sich Einzelpersonen und Personenkreise aus dem politischen Katholizismus, aus der christlichen Arbeiterbewegung und aus protestantischen Gruppen christlich-sozialer, liberaler und konservativer Herkunft mit dem Vorhaben einer Überwindung des Nationalsozialismus und einer grundlegenden Neugestaltung von Staat und Gesellschaft zusammenfanden. Zunächst beschränkte sich dieser Vorgang auf persönliche Bekanntschaften und Erlebnismgemeinschaften, aber mit der Steigerung der Schreckensherrschaft und in der Katastrophe des Krieges wurden die Verbindungen mit anderen Widerstandskräften immer enger geknüpft, und die Bereitschaft zu konspirativer Zusammenarbeit wuchs. Zu einer illegalen Organisation konnte es freilich nicht kommen, solange der Überwachungs- und Unterdrückungsapparat des Dritten Reiches bestand. Doch von einer Neuformierung des nichtsozialistischen Lagers der Regimegegner durch interkonfessionelle Ausweitung und demokratische Neubesinnung läßt sich sehr wohl sprechen. „Unterirdisch“ blieben sie „auf der Wacht“ und hielten sich für „ihre neue Stunde“ bereit, wie der Historiker Karl Buchheim die Haltung der ehemaligen Funktions- und Mandatsträger von

konfessionellen Parteien, Christlichen Gewerkschaften und anderen aufgelösten Gruppierungen der demokratischen Mitte in den Jahren des Hitler-Reiches beschrieb. Die „Fraktion sammelte sich wieder“, hatte auch schon der Volksgerichtshofspräsident Freisler bei der Verkündung des Todesurteils gegen den Berliner Rechtsanwalt Josef Wirmer, dem Mitkämpfer Jakob Kaisers und Carl Goerdelers, in kurzsichtiger Verkennung des im Entstehen begriffenen Neuen gemutmaßt. Denn es ging in Wirklichkeit um nicht weniger als um eine neue Gemeinsamkeit unterschiedlicher politischer und konfessioneller Traditionen, die darauf angelegt war, einen christlich fundierten Neuaufbau der Demokratie in Deutschland zu tragen. Sicherlich waren hierbei ältere Strukturen und Konzepte wirksam. Entscheidend allerdings war, daß aus der Fundamentalopposition gegen den menschenverachtenden Nationalsozialismus, daß aus der furchtbaren Erfahrung seiner Barbarei das Bewußtsein eines grundlegenden politischen Neuanfangs erwuchs.

Als politische Gruppe erscheinen die „christlichen Demokraten“ nicht zuletzt aufgrund ihrer Zukunftsentwürfe, die in den Gesprächszirkeln und Gesinnungsgemeinschaften des Widerstandes entstanden sind. Es ging ihnen nicht nur um moralische Neubesinnung, sondern auch um politisch-gesellschaftliche Erneuerung, um eine Neuordnung der Staatsverwaltung, der Wirtschaft und des sozialen Lebens. Nach ihrem Willen sollte mit der geistigen auch die politische Überwindung des Nationalsozialismus und seiner Irrlehren erfolgen, einschließlich all jener Einstellungen und Zustände, die zu ihm geführt hatten. Dazu gehörte in erster Linie ein parteipolitischer Neubeginn, der eine Parteienzersplitterung wie in der Weimarer Republik und erst recht eine Einparteienherrschaft ein für allemal hinter sich ließ. Freilich weist die Programmatik, die sich aus den bruchstückhaften Konzeptionen der verschiedenen Kreise und Richtungen dieser Gruppe von Regimegegnern zusammenstellen läßt, keine Einheitlichkeit auf. Zu heterogen

waren die Entstehungsbedingungen, die weltanschaulichen Ausgangslagen, die besonderen Zielvorstellungen der Beteiligten, ganz abgesehen davon, daß alle Planungen einer Zukunft galten, die völlig unsicher war. Es blieb der „zusammenführende, aufbauende Kompromiß“ als Voraussetzung für die Bildung einer politischen Kraft der Mitte. Der im Widerstand gefestigte, Konfessionen und Schichten überbrückende, antitotalitäre Konsens über eine demokratische Aufbaupolitik in christlicher Verantwortung hatte Bestand. Es waren die in diesem Geiste vorgenommenen „Grundentscheidungen“ (Morsey) gegen Staatsomnipotenz und Materialismus, die Orientierung am christlichen Menschenbild, die Wiederaufrichtung des Rechtsstaats und die Rückkehr zu ethischen Wertmaßstäben, die Selbstverständnis, Programmatik und politisches Handeln der christlichen Demokraten seit 1945 nachhaltig geprägt haben.

Der Widerstand der christlichen Demokraten

Voraussetzungen und Umstände

Zwischen Anpassung und Widerstand – das ist wohl die am meisten gebrauchte Formel, mit der das Verhalten der Gegner Hitlers und seines Regimes beschrieben wird. Die ganze Vielfalt von Oppositionshaltungen wie auch die Möglichkeiten der Entwicklung hin zum aktiven Widerstand ist damit umfaßt, wie sie von der Forschung mittlerweile unterschieden werden: partielle Kooperation und partielle Opposition, Teilwiderstand, Verweigerung, Nichtanpassung, Nonkonformität, Dissens, Dissidenz, Resistenz, Widersetzlichkeit, Protest usw. Andere Studien berücksichtigen den Zeitpunkt, wann dieses widerständige Verhalten eingesetzt hat, die Fragen nach der Motivation und den Zielvorstellungen, nach den auslösenden Ereignissen und auch

nach den individuellen Möglichkeiten des Widerstandleistens. Angesichts der willkürlichen Verfolgungs- und Sanktionspraxis des Regimes ist zudem größte Vorsicht bei Einordnungen in ein Widerstandsspektrum geboten; denn Strafverfahren und Strafmaß der nationalsozialistischen „Unrechtsprechung“ sind als Kriterien zur Bewertung von Widerstandshandlungen nur bedingt aussagekräftig.

Die Lebensgeschichten der „christlichen Demokraten“ zeigen, daß ihr Widerstand im Hitler-Reich mit einem Standhalten begann. Bereits in den Wahlkämpfen Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre hatte sich ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus mit äußerster Schärfe manifestiert. Besonders im katholischen Milieu und in den Organisationen des politischen Katholizismus war schon vor 1933 der Dissens zum NS gegeben. Im Unterschied zu anderen, später vielleicht todesmutiger handelnden Widerstandskämpfern standen sie daher dem nationalsozialistischen Staat von Anfang in innerer Opposition gegenüber, die sich durch die Zwangs- und Verfolgungsmaßnahmen des Regimes verstärkte. Von da bis zum passiven Widerstand, der nach Walter Dirks die Grundform jedes Widerstehens ist, war es nicht weit. Er gehörte neben der politischen Aktivität vor 1933, neben Fundamentalgegnerschaft und Verfolgung durch den NS-Staat zu den Hauptelementen der kollektiven Biographie dieser politischen Gruppe.

Das katholische Milieu erwies sich mit seinen politischen Vertretungen, seiner Verbändeorganisation und seinen Ideenträgern im Unterschied zum Protestantismus wenig anfällig gegenüber dem Nationalsozialismus. Das lag zum einen daran, daß die katholische Kirche in Nichtanpassung an den NS-Staat sehr viel wirksamer als die in Deutsche Christen und Bekennende Kirche geteilten evangelischen Kirchen einen Rückhalt bot, zum anderen gab es dafür weit in die deutsche Geschichte zurückreichende Gründe, die vor allem mit der Minderheits- und Defensivlage der Katholiken im mehrheitlich protestantischen, na-

tionalliberalen Kaiserreich von 1871 zusammenhängen. Die konfessionelle Verteilung innerhalb der Gruppe der „christlichen Demokraten“ mit drei Vierteln Katholiken und einem Viertel Protestanten kann sowohl für den politischen Widerstand im Dritten Reich als auch für den Prozeß der Unionsgründung nach 1945 als repräsentativ angesehen werden. Die Evangelischen, die in beiden Zeiträumen aktiv waren, kamen in etwa gleichen Anteilen aus der DNVP und aus der DDP, vereinzelt aus dem Christlich-Sozialen Volksdienst und der DVP.

Sicher war auch die Heterogenität, die durch die Flügelbildung und die Zwei-Parteien-Formation des politischen Katholizismus (Zentrum, BVP) noch vergrößert wurde, schuld daran, daß es trotz vieler Übereinstimmung im Grundsätzlichen zu keiner überregionalen Widerstandsbewegung kam. Der Hauptgrund für das Ausbleiben eines organisierten Widerstandes mit Einschluß der Kirchen ist aber ohne Zweifel in der überwältigenden Machtstellung des Regimes zu suchen, das nicht nur aufgrund seiner brutalen Zwangsmaschinerie, sondern auch aufgrund der begeisterten Zustimmung eines großen, ja des überwiegenden Teils des deutschen Volkes jeden Widerstand absolut chancenlos machte und allein noch als Gewissenfrage, als moralische Angelegenheit zuließ. Es war auch so, daß in diesem politischen Umfeld ein subversiver Widerstand gegen die Staatsgewalt zunächst gänzlich außerhalb der Vorstellungen lag. Das galt für die Zentrumsleute ebenso wie übrigens für die Sozialdemokraten, ganz zu schweigen von den traditionell staatsgläubigen Nationalliberalen. Es gab zwar in der deutschen Parteiengeschichte Widerstandsvorbilder – den Kulturkampf oder die Zeit der Sozialistengesetze im Bismarckreich –, die auch noch bis ins Dritte Reich hinein fortwirkten, doch in der Weimarer Republik hatten sich die demokratischen Parteien als staatstragend verstanden und verhalten, so daß sie nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler für einige Zeit Mühe damit hat-

ten, sich nun gegen den Staat und die Staatsgewalt zu wehren. Zudem wurden sie durch die Gesetzgebung nach der „Machtergreifung“ schlagartig aller legalen Mittel der Opposition beraubt, mehr noch: Sie hörten nach der Auflösung ihrer Organisationen und der Einziehung ihres Vermögens praktisch auf zu existieren. Genauso erging es den Gewerkschaften und Verbänden, als sie „gleichgeschaltet“ wurden.

Doch sollte auch festgehalten werden, daß sich die demokratischen Weimarer Parteien gegenüber dem zur stärksten politischen Kraft aufsteigenden, mit allen Mitteln zur Macht strebenden Nationalsozialismus nicht zu gemeinsamem Handeln durchringen konnten und sich untereinander in taktischen Ausmanövrierungsversuchen schwächten. Daß das Zentrum dabei, gegen starke Bedenken seines linken Flügels, dem falschen Kalkül folgte, mit Hitler verhandeln und durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz Vorteile erhalten zu können, gehört wahrlich nicht zu den Ruhmesblättern seiner Geschichte. Ähnlich illusionär verhielten sich die Gewerkschaften. Der im April 1933 gebildete „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“, dem Wilhelm Leuschner (Freie), Jakob Kaiser (Christliche) und Ernst Lemmer (Liberale Gewerkschaften) u. a. angehörten, war der vergebliche Versuch, durch „Verbeugung vor dem NS-Staat“ (Michael Schneider) eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, um das drohende Aufgehen der Richtungsgewerkschaften in der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront abzuwenden. Der richtige Augenblick, um Hitler und den Nationalsozialismus aufhalten zu können, wurde allseits verpaßt.

Als der Rechtsextremismus dann die Macht erobert hatte, sah sich das christliche demokratische Oppositionspotential auf den prinzipiellen weltanschaulichen Gegensatz zum Nationalsozialismus und auf das Zusammengehörigkeitsgefühl in den eigenen Reihen zurückgeworfen. Bei dieser Ausgangslage bedurfte es für einen gemeinschaftlichen Widerstand

neuer Konsensbestände und Kommunikationsformen, die sich unter den Bedingungen des nationalsozialistischen Überwachungs- und Unterdrückungssystems erst herausbilden mußten. Der Schritt aus der inneren Opposition, vom Dissens in den Widerstand war dabei zumeist Funktion der nationalsozialistischen Gewaltpraxis. Man kann von Lernprozessen sprechen, die jeweils mit zeitlichen und graduellen Abstufungen, mit Beschleunigung oder Verlangsamung auf das sich zum Terror steigernde Verhalten des Gewaltsystems reagierten. Die Exzesse des NS-Regimes wie der sogenannte Röhmputsch 1934, die Judenpogrome und die Sudetenkrise 1938, der Kriegsbeginn 1939 und die offenbar werdende totale Kriegführung mit Völkermord, Kriegsverbrechen und Zwangsherrschaft sind von den Überlebenden am häufigsten als Schlüsselerlebnisse genannt worden, die für die persönliche Entscheidung zum Widerstand den Ausschlag gaben. Gerade bei dem Personenkreis, um den es hier geht, folgte der Entschluß zum Widerstand fast ausnahmslos einer äußersten Güterabwägung zwischen persönlichen Interessen und mitmenschlicher Verantwortung, zwischen Gehorsams- und Gewissenspflicht.

Vergleicht man ihr Widerstandshandeln hinsichtlich Motivation, Zeit und Aktivität mit dem kommunistischen Widerstand, werden grundlegende Unterschiede deutlich. NSDAP und KPD waren „feindliche Brüder“, die Kommunisten geborene Feinde des „Faschismus“, der von ihnen als letztes Bollwerk der Bourgeoisie und Reaktion bekämpft wurde. Der kommunistische Widerstand, der sich sofort organisierte und hohe Opfer forderte, war in erster Linie Fortsetzung des Kampfes gegen die als bürgerlichen Klassenstaat diffamierte Weimarer Republik. Dagegen mußten die „staatstragenden“ Parteien und Gewerkschaften, nachdem sie aufgehört hatten zu bestehen, unter dem Druck der Gewaltherrschaft das aktive Widerstehen erst erlernen. Ihre politische Tradition seit dem 19. Jahrhundert war von Staatsloyalität und Bereitschaft zur Mitverantwortung

tung in der Regierung geprägt. Ihre Mitglieder hatten keine Erfahrungen mit der Illegalität, mit dem Aufbau von Untergrund- und Exilorganisationen sammeln können, es existierten auch keine nennenswerten internationalen Verbindungen zur Unterstützung und kaum ausländische Schwesterorganisationen oder Parteien, so daß anders als bei den Sozialdemokraten keine Exilpolitik entstand. So finden sich unter den deutschen Emigranten auch nur wenige Zentrums политики: u. a. die ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning und Joseph Wirth; einige Exilanten versuchten, publizistisch das NS-Regime und seine Ideologie zu bekämpfen, andere vermittelten vereinzelt auch Kontakte zwischen deutschen Widerstandskämpfern und führenden Politikern ihres Gastlandes.

Aber weder im NS-Herrschaftsbereich noch im Ausland führten Standhalten und Verweigerung in milieugestützter Selbstbehauptung zu Organisation und Außenaktivitäten. Man bemühte sich um Identitätswahrung durch Zusammenhalt, Informationsaustausch und Netzwerkbildung mit Gleichgesinnten. Nur schrittweise gelangte dieser passive Widerstand über persönliche Bekanntschaften und sozialkulturelle Gruppenbeziehungen hinaus zu Kontakten mit dem aktiven Widerstand, in dem konzeptionelle Vorbereitungen zur Erneuerung Deutschlands nach Hitler besprochen wurden.

Verbreitet war die Einsicht, daß der Nationalsozialismus unmöglich von innen, schon gar nicht im totalen Krieg zu beseitigen sei, sondern daß Deutschland unter seiner Tyrannei bis zum bitteren Ende gehen müsse, um danach aus der völligen Desillusionierung heraus, in der „Stunde Null“ die Chance zur geistig-sittlichen Erneuerung und zum freiheitlichen demokratischen Neuanfang gewinnen zu können; Konrad Adenauer hat so gedacht und viele andere. Bei dieser Art des Widerstandes ging es nicht darum, für die Existenz eines „anderen, besseren“ Deutschlands ein Zeichen zu setzen, sondern um die aktive Vorbereitung

zur geistigen Überwindung des Nationalsozialismus und zum Aufbau eines „anderen, besseren“, auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde, demokratischer Freiheit und parlamentarischer Volksvertretung gegründeten Deutschland. Diese Widerstandskonzeption schloß Flexibilität in der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppierungen und Kreisen des politischen Widerstandes und Offenheit bei den Planungen zur Neuordnung Deutschlands nach dem Ende des NS-Regimes ein. So kam den „christlichen Demokraten“ durch ihre Kooperationsbereitschaft und ihre programmatische Aufgeschlossenheit eine gewisse Fermentfunktion im deutschen Widerstand zu, die in der Arbeiterschaft ebenso wie in der Wehrmacht, in der Beamtenschaft ebenso wie unter den freien Berufen wirksam wurde und sowohl auf lokaler Ebene wie auch im OKW festzustellen ist. Daß sie für die theoretische Klärung der heftig umstrittenen Rechtfertigung des „Tyrammenmordes“ einen wesentlichen Beitrag leisteten, soll nur nebenbei angemerkt sein.

Schwieriger ist es, ihr Verhältnis zum kirchlichen Bereich zu bestimmen. Einerseits kam weder für die katholische noch gar für die zerstrittene evangelische Kirche die kooperative Unterstützung eines politischen, auf Beseitigung des Regimes und Neuordnung zielenden Widerstandes in Frage. Andererseits hatten die Kirchen als einzige gesellschaftliche Großgruppen die nationalsozialistische Machtübernahme und Gleichschaltung zumindest im Kern überstanden. Und so stellten die katholischen Basisorganisationen und die evangelische Bekenntniskirche faktische „Immunbezirke“ oder Refugialgebiete dar, in denen neben Rat und Protektion auch auf legaler Basis die Fortführung alter Kontakte und ein Festhalten an weltanschaulichen Positionen möglich war. Nach dem Zeugnis des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Joseph Joos sei es zwar „rein äußerlich betrachtet“ um die „Erhaltung von Existenz und Betätigung kirchlich-sozialer Organisationen“

gegangen, „in Wahrheit aber um Weltanschauung und Weltgestaltung in Staat, Gesellschaft und Kultur“.

Das gilt auch – jedoch in anderer Konstellation – für evangelische Christen, die sich dem totalen Anspruch des Nationalsozialismus entgegenstellten. Der Kampf der Bekennenden Kirche gegen die „deutsch-christliche“ Reichskirche wird gern als ein besonderer Teil des Widerstandes angesehen, denn er sei in einer reinen Glaubens- und Gewissenshaltung bewußt politikfern ausgetragen worden. Doch blieb es nicht ohne Konsequenz, daß die traditionelle Thron- und Altar-Allianz des deutschen Protestantismus und seine Identifizierung mit dem Nationalismus nach der Reichsgründung, die ein positives Verhältnis zur Demokratie blockiert hatten, nach 1933 aufgegeben wurden. So dachte man auch unter den evangelischen „Dissidenten“ nicht daran, die nationalkonservativen Parteien der Weimarer Republik wieder ins Leben zu rufen. Gerade die Entwicklung von Hermann Ehlers, Constantin von Dietze, Luise Rehling, Paul Yorck von Wartenburg u. a. zeigt, daß ihre Dissidenz, ihr Nonkonformismus unweigerlich politisch wurden, sobald die Staatsmacht selbst und nicht nur die glaubensfeindliche NS-Ideologie als verbrecherisch in Frage gestellt wurde. Jeder Widerstand aus Gewissensgründen, aus ethischer Verantwortung und Glaubenshaltung bildet politisch eine „Gegenexistenz“ zu einer nur noch von Machtinteressen bestimmten Politik (Richard von Weizsäcker, 1993).

Widerstandskreise

Die vielfältigen Beziehungen und Kontakte christlicher Demokraten, die auf lokaler und regionaler Ebene und im ganzen deutschen Reich bestanden, können hier nur grob skizziert werden. Obwohl es keine feste Organisation gab, bestand ein „Netzwerk“ von Gleichgesinnten. Christliche Demokraten pflegten den Zusammenhalt in eigenen Wi-

derstandszirkeln, bekannten sich demonstrativ zu ihrem Glauben und arbeiteten in überparteilichen und überregionalen Widerstandskreisen mit.

Erste Oppositionshandlungen entstanden aus der Zusammenarbeit jüngerer Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem von Jakob Kaiser (Christliche Gewerkschaften), Wilhelm Leuschner (ADGB) und Max Habermann (DHV) in Berlin. Der Versuch, durch Zusammenschluß der Richtungsgewerkschaften den Fortbestand in einer Einheitsgewerkschaft zu erreichen, war zwar 1933 gescheitert, aber ansatzweise wurden Zusammenhalt und Kontakte im gewerkschaftlichen Lager als Basis zur Bildung von Widerstandskreisen gesichert.

Unter dem Vorwand der Regulierung der Rentenansprüche der ehemaligen Angestellten der Christlichen Gewerkschaften konnte Jakob Kaiser, vor 1933 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften in Westdeutschland, den Kontakt zu früheren Kollegen und Zentrumspolitikern, die ihn auch finanziell unterstützten, und zu lokalen Widerstandskreisen, vor allem im Rheinland und in Südwestdeutschland, aufrechterhalten. Viele der ehemaligen Sekretäre der Christlichen Gewerkschaften oder der Zentrumspartei trafen sich wiederum mit Gleichgesinnten in örtlichen Resistenzzirkeln: in Bonn um Heinrich Körner, in Essen um Heinrich Strunk und Heinrich Steffensmeier, in Duisburg um Gottfried Könzgen, in Stuttgart um Josef Ersing und Eugen Bolz, in Hannover um Hans Wellmann und Anton Storch, in Breslau um Franz Leuninger, in Dresden um Reimer Mager. Der Berliner Rechtsanwalt Josef Wirmer (Zentrum), früher Berufsberater im Kartellverband der katholischen deutschen Studentenvereine (KV), schloß sich 1936 dem Widerstandskreis um Kaiser an und wurde einer seiner wichtigsten Berater. Aufgrund seiner persönlichen Beziehungen hatte er vielfache Kontakte zu anderen Hitlergegnern, ehemaligen Studienkollegen, Kartellbrüdern und Zentrumspolitikern, darunter Heinrich Krone, Otto Lenz, Walther Hensel, Johann

Henry, Bernhard Letterhaus, Hermann Siemer, auch zu evangelischen Regimegegnern, dem Diplomaten Klaus Bonhoeffer, Eugen Gerstenmaier, Otto John, Paul Pagel, sowie zu konservativen Kreisen, z. B. Ulrich von Hassell.

Im Widerstandskreis um Kaiser, Wirmer und Leuschner wurde bereits über die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft, über programmatische Entwürfe für eine neue Staatsordnung und geeignete Führungskräfte beraten. Man war sich darüber im klaren, daß nicht die unbewaffneten Arbeiter den Diktator stürzen konnten. Seit 1938 bestanden Verbindungen zu führenden Militärs, wie Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord, General Ludwig Beck und General Hans Oster von der Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht. Im Auftrag der Verschwörer versuchte der Münchener Rechtsanwalt Josef Müller, offiziell als Offizier der Abwehr eingesetzt, in Rom ab 1940 durch Vermittlung des Papstes Kontakte zur englischen Regierung aufzunehmen, um über Friedensbedingungen im Falle der Beseitigung Hitlers zu verhandeln. Seit Ende 1941 arbeitete der Widerstandskreis um Leuschner, Kaiser und Wirmer mit Carl Goerdeler, der treibenden Kraft des zivilen Widerstandes, zusammen; Ende 1943 kamen sie auch mit Claus Graf Stauffenberg in Kontakt.

Mittelpunkt des katholischen Widerstandes in Köln war das Ketteler-Haus, der Sitz der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB). Dort traf sich die Führung der westdeutschen KAB – Präses Otto Müller, Vorsitzender Joseph Joos, Verbandssekretär Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß, Schriftleiter der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, die nach ihrem Verbot in „Ketteler Wacht“ umbenannt wurde – mit christlichen Gewerkschaftern sowie Zentrumspolitikern aus Köln und Umgebung. Teilnehmer waren u. a.: Johannes Albers, Heribert Scheeben, Josef Ruffini (Köln), Andreas Hermes, Michael Rott und Heinrich Körner (Bonn), Johannes Ernst (Aachen), Wilhelm Elfes (Krefeld) und Karl Arnold (Düsseldorf). Verbindungen bestanden in Köln zum

Kolpingwerk (Präses Heinz Richter, Geschäftsführer Theodor Babilon und Leo Schwering), dem „Unitas“-Kreis um Theodor Scharmitzel und überregional zu Jakob Kaiser, Carl Goerdeler, Josef Müller, P. Alfred Delp SJ. Die Resistenzkraft der KAB war so groß, daß laut Gestapobericht „von sämtlichen maßgeblichen Führern des Westdeutschen Verbandes bis hinunter zu den kleinsten Amtsträgern der örtlichen Vereine nicht ein einziges Mitglied der NSDAP“ anzutreffen war (1937). Mit guten Gründen kann man in dieser Gruppe um das Ketteler-Haus die „rheinischen Kreisauer“ sehen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Mitarbeit von Ordensgeistlichen, den Dominikanern Eberhard Welty und Laurentius Siemer aus Walberberg, deren Rat besonders bei Fragen der naturrechtlichen Begründung des Widerstandes und der staatlich-gesellschaftlichen Neuordnung gesucht wurde. Nach Kriegsbeginn veränderte sich die Zusammensetzung des Kreises: Letterhaus, 1939 zur Wehrmacht/Abwehr einberufen, informierte den Kölner Kreis und den Kreis der Gewerkschafter um Kaiser über die militärische Entwicklung; Joos war ab Sommer 1940 im KZ Dachau inhaftiert.

In Düsseldorf entstand Ende 1933 ein überkonfessioneller und überparteilicher Widerstandskreis um den Syndikus Dr. Walther Hensel, den früheren Gewerkschaftssekretär und Stadtverordneten Karl Arnold (beide Zentrum), dem sich der ehemalige Oberbürgermeister Robert Lehr (DNVP) nach seiner Haftentlassung anschloß. Auch sie standen in Kontakt zu Kaiser und Wirmer in Berlin und zum Kölner Ketteler-Haus. Nachdem ein Aufsatz von Hensel über die Korruption in der Düsseldorfer NSDAP im Prager „Vorwärts“ erschienen war, wurde er im November 1937 verhaftet und wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Auch Paul Franken und Jakob Kaiser kamen in diesem Zusammenhang einige Monate in Haft, aber ihre weitergehenden Verbindungen wurden nicht entdeckt. Im Hause

Lehrs trafen sich wiederholt bei Gesellschaften und Vorträgen regimfeindlich gesinnte Bekannte, die den baldigen Zusammenbruch des Hitlerregimes erwarteten. Ein engerer Kreis von Gewerkschaftern, katholischen und evangelischen Theologen, Studienräten und Beamten kam zu regelmäßigen, als Bibelkreis getarnten Treffen. Die Teilnehmer tauschten Informationen über Auslandsnachrichten und nationalsozialistische Verbrechen aus, gaben systemkritische Schriften weiter und diskutierten über die Beseitigung des Hitlerregimes, den politischen Neuaufbau auf christlicher Grundlage sowie die Bildung einer christlichen Partei. 1943 wurden die Zusammenkünfte wegen Gestapoüberwachung eingestellt.

In Kreisau, wo sich auf Initiative von Helmut James Graf Moltke und seinem Freund Peter Graf Yorck von Wartenburg Hitlergegner unterschiedlicher Herkunft und Denkrichtungen, religiöse Sozialisten ebenso wie christliche Konservative trafen, nahmen die späteren Unions-Mitglieder Otto Heinrich von der Gablentz, Eugen Gerstenmaier, Paulus van Husen, Hans Lukaschek, Hans Peters und Theodor Steltzer an Beratungen teil. Auf mehreren Tagungen erörterte man anhand zahlreicher Denkschriften Reformpläne für die staatliche und gesellschaftliche Neuordnung auf christlich-sozialethischer Wertordnung. Notwendige Voraussetzung für einen fundamentalen Neuanfang war die individuelle Gesinnungsänderung, der mündige Bürger sollte Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft übernehmen. Kleine Gemeinschaften und Selbstverwaltungskörperschaften bildeten die Grundelemente der politischen Ordnung, die einen Rechtsstaat ohne Parteien, einen föderalistischen Aufbau, eine Wirtschaftsordnung mit plan- und marktwirtschaftlichen Elementen und ein vereinigtes Europa vorsah.

In Verbindung zu Kreisau stand auch ein bayerischer Widerstandskreis, der sich um Franz Sperr, den früheren bayerischen Gesandten beim Reich, um Fürst Josef-Ernst Fug-



Eugen Gerstenmaier vor dem Volksgerichtshof, Januar 1945 (BPA)

ger von Glött und den Augsburger Rechtsanwalt Hans Reisert formierte. Der Augsburger Kreis, der mit dem bayerischen Kronprinzen Rupprecht in Verbindung stand, betonte in seinen Zukunftsentwürfen die Unabhängigkeit Bayerns in einem stark föderalistisch geprägten Staat.

Nach dem Novemberpogrom 1938 bildete sich in Freiburg auf Initiative von Constantin von Dietze ein fester Gesprächskreis, das „Freiburger Konzil“, aus Hochschulprofessoren und Theologen, die der Bekennenden Kirche angehörten. Zu den regelmäßigen Teilnehmern zählten die Nationalökonomien Walter Eucken, Adolf Lampe und von Dietze, die Historiker Gerhard Ritter und Clemens Bauer sowie die Bekenntnispfarrer Otto Hof und Karl Dürr. Bei monatlichen Treffen erarbeiteten sie zunächst eine Denkschrift über das Widerstandsrecht „Kirche und Welt“, die in Süddeutschland heimlich verbreitet wurde. Auf Veranlassung von Dietrich Bonhoeffer erstellte ein Arbeitskreis der „Freiburger“ im Herbst 1942 für die Weltkirchenkonferenz die Denkschrift „Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit“, in der auf der Grundlage der christlich-reformatorischen Ethik praktische Forderungen für die Innen- und Außenpolitik sowie die Jugend-erziehung in einer neugestalteten staatlichen Gemeinschaft formuliert wurden. Anschließend schrieben die „Freiburger“ mit einigen auswärtigen Nationalökonomien, vereint in der „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“, mehrere Gutachten zur Nachkriegswirtschaft, die Goerdeler und dem Kreisauer Kreis zur Verfügung gestellt wurden und eine sozial-verpflichtete Marktwirtschaft vorbereiteten. Zu den „Freiburger Kreisen“ zählten die späteren Unionsmitglieder Franz Böhm, Erik Wolf und Constantin von Dietze sowie der Berliner Unternehmer Walter Bauer.

Carl Goerdeler (DNVP) trat nach heftigen Auseinandersetzungen mit der NSDAP als Reichskommissar für die Preisüberwachung (1935) und als Oberbürgermeister von

Leipzig (1937) zurück. Danach begann er mit Unterstützung der Firma Bosch, „Widerstand zu sammeln“ nicht nur im Kreise konservativer Bekannter, um „die einzelnen zivilen und militärischen Widerstandsgruppen zusammenzuführen und den Umsturz des totalitären Regimes von innen heraus bei herrschendem Kriegszustand durchzuführen“. Diese Widerstandsbewegung, die eine breite, tragfähige Basis für den Umsturz schaffen sollte, umfaßte sozialistische und christliche Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Zentrumspolitiker, katholische und evangelische Geistliche, Militärs, Diplomaten, Konservative, sogar NSDAP-Mitglieder. Direkt oder durch Mittelsmänner unterhielt Goerdeler regelmäßige Verbindungen zu fast allen bedeutenden Widerstandsgruppen, auch zum Kreis um Claus Graf Stauffenberg. Die Regimegegner unterschiedlicher politischer Richtungen verständigten sich auf ein Programm für die zukünftige politische Gestaltung Deutschlands und über die personelle Zusammensetzung einer Regierung nach Hitler. Als Minister in Goerdelers Kabinett oder als politische Beauftragte in den Wehrkreisen waren auch namhafte christliche Demokraten vorgesehen: Eugen Bolz, Josef Wirmer, Paul Lejeune-Jung, Andreas Hermes, Adam Stegerwald, Cuno Rabe, Bernhard Letterhaus, Felix Sümmermann, Hans Lukaschek, Adolf Kaschny, Bartholomäus Koßmann, Reinhold Frank und Otto Lenz.

Nach dem 20. Juli 1944 wurden viele christliche Demokraten wegen ihrer Zusammenarbeit mit Goerdeler oder anderen Widerstandskreisen verhaftet und verurteilt, u. a. Walter Bauer, Constantin von Dietze, Josef Ersing, Josef Ernst Fugger von Glött, Andreas Hermes (zum Tode verurteilt), Eugen Gerstenmaier, Paulus van Husen, Heinrich Körner (im April 1945 von der SS ermordet), Bartholomäus Koßmann, Adolf Lampe, Otto Lenz, Hans Lukaschek, Josef Müller, Heinrich Pünder, Cuno Raabe, Theodor Steltzer (zum Tode verurteilt). Jakob Kaiser überlebte bis Kriegsende versteckt in einem Keller in Berlin-Babelsberg. Hingerichtet wurden: Eugen Bolz,



Andreas Hermes vor dem Volksgerichtshof, Januar 1945 (BPA)

Carl Goerdeler, Reinhold Frank, Nikolaus Groß, Paul Lejeune-Jung, Bernhard Letterhaus, Franz Leuninger, Michael Graf Matuschka, Franz Sperr, Josef Wirmer.

Nach dem fehlgeschlagenen Attentat im August 1944 wurden im ganzen Reichsgebiet auf Befehl Himmlers ungefähr 5.000 als oppositionell bekannte ehemalige Abgeordnete, Gewerkschafter und Funktionäre aller Parteien, die sich nicht dem NS-Regime angepaßt hatten, in Schutzhaft genommen („Aktion Gewitter“). Unter diesen waren auch viele christliche Demokraten, die nach 1945 in der Union ihre politische Heimat fanden: Konrad Adenauer, Johannes Albers, Karl Arnold, Margareta Gröwel, Michael Horlacher, Heinrich Krone, Robert Pferdenges, Helene Rothländer, Fritz Schäffer, Adam Stegerwald, August Wegmann.

Zukunftsweisende Grundentscheidungen

Über die Wirkungsgeschichte des deutschen Widerstandes für die Zeit nach 1945 ist historiographisch noch nicht das letzte Wort gesprochen. Der Bombenanschlag Stauffenbergs scheiterte, auch andere Attentatsversuche zur Beseitigung Hitlers schlugen fehl, ein Umsturz blieb aus, und die Deutschen mußten von außen unter furchtbaren Opfern vom Nationalsozialismus befreit werden. Daß der Widerstand der Wenigen dennoch Sinn hatte, als Aufstand des verantwortlichen Gewissens, als moralisches Vermächtnis, als identitätsstiftendes Geschehen, als Lehrstück über Demokratie, ist erst mit der Zeit in das allgemeine Bewußtsein eingegangen. Hatte er aber mit seinen Neuordnungskonzeptionen nicht auch Erfolge aufzuweisen, hat er durch sein Nachdenken über die Zukunft einer neuen politischen Kultur vorgearbeitet, hat er für die deutsche Demokratie nach 1945 ein Erbe hinterlassen?

Anhand der Biographien der Männer und Frauen, die in

christlich motivierter demokratischer Verantwortung dem Nationalsozialismus widerstanden haben, wie auch denen, die an der Gründung der Union und an der Neuerrichtung demokratischer Strukturen prägend mitwirkten, lassen sich einige Antworten geben.

Als auffälligste Übereinstimmung findet sich bei ihnen der Willen zu einem grundlegenden Neuanfang im Geiste der christlichen Botschaft. In keiner der anderen Parteien, die nach 1945 wieder erstanden, ist daher der Gedanke der geistigen, sittlichen Erneuerung so lebendig gewesen wie in der Union. Ein „Weg der Wiedergeburt“ (wie es in dem von zahlreichen Widerstandskämpfern unterzeichneten Berliner Gründungsauf Ruf 1945 heißt) wurde angestrebt, der nicht nur das nationalsozialistische Unrechtssystem überwinden, sondern auch Schluß machen sollte mit den politischen und geistigen Ursachen, die zu dessen Entstehung geführt hatten. Gegen Machtfanatismus, Staatsverherrlichung, Nationalismus als Religionersatz, obrigkeitstaatliches Denken, rassenideologische Politik, Parteienzersplitterung und Massenverhetzung, für einen auf christlichen und demokratischen Werten basierenden Grundkonsens, der die Personwürde des Menschen, freiheitliche Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit, demokratische Selbstbestimmung und politische Moral garantieren sollte – so läßt sich die entstehende Gemeinsamkeit in Verfolgung und Widerstand bestimmen. Demokratie und Freiheit wurden in die christliche Verantwortung gestellt, Demokratie sollte zur versöhnenden Ordnung werden, statt zu polarisieren und Gewalt zu provozieren wie in der Weimarer Republik. Die Neubesinnung galt auch dem Weimarer Staat, der nicht wiederaufleben sollte.

Grundentscheidung: Volkspartei

Unter den innovativen Ansätzen, die sich in den Planungen und Erörterungen der christlichen, demokratischen Opposition finden, kam der Idee einer neuartigen Parteifor-

mation, welche die konfessionellen und sozialen Gräben in der deutschen Gesellschaft politisch überbrücken könne, fast schon Allgemeingültigkeit zu. Selbst aus Emigrantenkreisen, wie von Carl Spiecker und der „Deutschen Freiheitspartei“ oder um die Zeitung „Europa“ in Paris, wurde eine „Front aller Christen“ für eine Politik der „christlichen Entschiedenheit“, der „sozialen Gerechtigkeit“, der „demokratischen Selbstbestimmung“, der Freiheit und der Menschenwürde propagiert. Der Grundgedanke war fast überall gleich und die Konsequenz eigener Standortbestimmung in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Sehr zutreffend ist in diesem Vorgang eine christlich-demokratische Bewußtseinsbildung gesehen worden, die der Sammlung der „christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte“ zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat vorausging. Im passiven wie im aktiven Widerstand der christlichen Demokraten wurde die neue Parteikonzeption also nicht nur vorgedacht, sondern auch bereits „begründet“. So konnte Wilhelm Simpfendörfer, der nordwürttembergische Landesvorsitzende und vormalige Mitgründer des evangelischen Christlich-Sozialen Volksdienstes, auf dem Goslarer Gründungsparteitag 1950 die CDU als „Gegenposition zum Nationalsozialismus“, bezeichnen, gegründet „nicht im Jahre 1945, sondern schon in den Jahren 1933 bis 1945“. Tatsächlich kamen die initierenden Gründer in Berlin und Köln aus den zentralen Widerstandskreisen von Kreisau, um das Ketteler-Haus, um Goerdeler. Viele Oppositions- und Resistenzzirkel arbeiteten in nahtlosem Übergang als Gründungskreise der CDU und der CSU weiter, als die Stunde Null schlug. Von der Gemeinsamkeit in Verfolgung und Widerstand ging eine vorstrukturierende Kraft aus. Das zeigt nicht zuletzt der Entstehungsprozeß der Union im protestantischen Raum: Auch hier war die Unionsidee einer politischen Zusammenarbeit von „Menschen aller Bekenntnisse und aller Schichten“ in der Stunde Null allgegenwärtig und wurde

von den seit dem Untergang des Weimarer Parteiensystems politisch heimatlosen evangelischen Christen aktiviert.

Es gab allerdings unterschiedliche Auffassungen über den Charakter der angestrebten Parteiformation und ihrer politischen Verortung zwischen linken und rechten Positionen. Vor allem unter der Anhängerschaft der christlichen Arbeiterbewegung, von ehemaligen christlichen Gewerkschaftern wie Jakob Kaiser und im Kölner Kreis stellte man sich eine „Partei der Arbeit“ nach dem Vorbild der britischen Labour Party vor. Sie sollte den christlichen und sozialdemokratischen „Werkträgern“ eine politische Basis durch die „Synthese“ von Sozialismus und Freiheit bieten. Am meisten wurde an eine Sammlungsbewegung der Mitte gedacht, die sich „auf christlichem Boden“ zwischen den großen politischen Strömungen des Sozialismus und Liberalismus als eine bestimmende Kraft etablieren sollte. Historisch ist es dabei weniger wichtig, ob die eine oder die andere Variante der Parteikonzeption mit welchen Zugeständnissen verwirklicht worden ist. Entscheidend und zukunftsweisend war die Grunddisposition, zur Überwindung des Nationalsozialismus und für den demokratischen Neuaufbau auf vermittelnde Positionen mit Integrationskraft zu setzen.

Grundentscheidung: Anti-Totalitarismus

Der Anti-Totalitarismus der christlichen Demokraten ist kein ideologisches Produkt der vom Ost-West-Gegensatz geprägten Nachkriegsentwicklung in Deutschland und Europa. Er hat seinen Ursprung im christlichen Verständnis vom Menschen und im christlichen Sittengesetz. Die Verfolgungs- und Widerstandserfahrungen im NS-Staat wirkten dann hinsichtlich der Verbindung von Christentum und freiheitlicher Demokratie politisch bewußtseins-schärfend und begründeten eine entschiedene Abwehrhaltung gegen Systeme und Ideologien, die weder die Bedingungen personaler

Freiheit erfüllen noch demokratisch legitimerter Rechtsstaatlichkeit verpflichtet sind. Eine Konsequenz dieser prinzipiellen Verwerfung jeder totalitären Herrschaft war es beispielsweise, daß im Widerstand eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten fast ausnahmslos verneint wurde.

Aus der doppelten antitotalitären Frontstellung gegen Nationalsozialismus und Kommunismus ergaben sich neue politische Orientierungen, die, vorgedacht in den Diskussionen und Konzepten der christlichen demokratischen Dissidenten, für die deutsche Nachkriegspolitik richtungsweisend wurden. Dazu gehörte zunächst die Abkehr vom Nationalismus, dessen totalitäre Übersteigerung bis zu unsagbaren Verbrechenstaten man im Hitler-Reich erfahren hatte. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus schärfte sich auch, über die traditionelle Erkenntnis der Religions- und Kirchenfeindlichkeit hinaus, der Blick für die totalitäre Struktur des Kommunismus und seine Funktion als Integrationsideologie einer nach Weltmacht strebenden Großnation.

Grundentscheidung: Rechtsstaatlichkeit

Die Forderung nach Wiederherstellung des Rechtsstaats, der verfassungsmäßig dem Recht unterworfen ist und in dem der Bürger Träger von Grundrechten ist, stand überall in den Entwürfen und Zielvorstellungen des deutschen Widerstandes für eine Neuordnung nach Beseitigung des Hitler-Regimes an vorderster Stelle. „Recht und Anstand“ sollten – so Carl Goerdeler – wieder zur Geltung gebracht werden, die Kreisauer wollten das „zertretene Recht“ wieder aufrichten, Andreas Hermes sprach vom „geschändeten Recht“. Bei Gründung der Union 1945 wurden solche Programmaussagen fast in wörtlicher Übereinstimmung aufgenommen: „Das Recht muß wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden“ (Berlin), „Der Rechtsstaat wird wiederhergestellt“ (Rheinland).

Die Voraussetzung für eine Wiederherstellung des Rechtsstaats war eine grundlegende Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Einzelperson. Hierbei tritt der Einfluß christlichen Staatsdenkens am klarsten zutage, insbesondere durch Mitarbeit von Ordensleuten und evangelischen Theologen in den Widerstandskreisen um das Ketteler-Haus, in Kreisau und Freiburg. Gemäß den Grundsätzen christlicher Ethik, insbesondere dem christlichen Naturrecht zufolge, das als eine für den Menschen, nicht aber von ihm her bestimmte Daseinsordnung dem positiven Recht Schranken setzt, sollte in Zukunft die Staatsmacht an der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person ihre Grenzen finden. Gegenüber dem pervertierten Rechtspositivismus des Dritten Reiches wurde die Anerkennung der personalen Rechte des Menschen der Ausgangspunkt von Erneuerungskonzeptionen. Diese christliche Wertorientierung der Rechtsstaatlichkeit, wie sie in den christlichen demokratischen Resistenzgruppen vorgegeben wurde, schloß die Verfassungskonzeption ein und wirkte sich so im demokratischen Neuanfang auch auf die Verfassunggebung der deutschen Länder und auf das Grundgesetz aus. Das gilt nicht nur für die Regelungen der Staat-Kirche-Beziehungen, für die grundrechtliche Garantie der Glaubens- und Religionsfreiheit sowie für das Grundrecht von Ehe und Familie, sondern auch für allgemeinere Verfassungselemente wie den Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung. Zweifellos lag der Wertschätzung föderativer und selbstverwalterischer Organisation das aus der katholischen Soziallehre stammende Subsidiaritätsprinzip zugrunde, wie es insbesondere der „Kölner Kreis“ in den Mittelpunkt seiner Neuordnungsentwürfe stellte. Ebenso wenig wie in Gesellschaft und Wirtschaft sollte es im Staat wieder Machtbalung und Zentralismus geben. Wesentlich weitergehende föderalistische Vorstellungen finden sich bei einzelnen Emigranten und bei Vertretern bayerischer Sonderstaatlichkeit. Nicht zuletzt spielte bei den Fragen des Staatsaufbaus auch

das traditionelle Interesse der Katholiken eine wesentliche Rolle, die Kultur und besonders das Erziehungswesen aus der zentralen Zuständigkeit herauszunehmen und deren Gestaltung den einzelnen Gliedstaaten oder auch Selbstverwaltungskörperschaften zu überlassen.

Grundentscheidung: Machtverteilende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Wie heterogen die sozial- und wirtschaftspolitischen Zukunftsentwürfe der christlichen demokratischen Oppositionsgruppen auch immer waren, als ihr gemeinsamer Nenner läßt sich das Bestreben feststellen, die traditionellen sozialen und weltanschaulichen Gegensätze, denen das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus angelastet wurden, durch ausgleichende Konzeptionen zu überbrücken. Von daher erklärt sich angesichts der Aufgabe einer Neugestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft die Bedeutung von Positionen der „Mitte“ oder eines „dritten Weges“, für die der christliche Glaube konfessionsübergreifend die Grundlage bilden sollte. Zu allererst ging es dabei um einen wirksamen Ausgleich zwischen Liberalismus und Sozialismus. Die „Kölner“, aber auch eine Reihe ehemaliger christlicher Gewerkschafter in anderen Widerstandskreisen dachten an eine Verbindung von Christentum und Sozialismus, mit der sie für die deutsche Nachkriegsgesellschaft die Gefährdung durch eine egalitäre, freiheitsbedrohende sozialistische Kaderherrschaft einerseits und eine liberalistisch ungebundene, unkontrollierte Machtstellung des Kapitals andererseits zu vermeiden gedachten („Christlicher Sozialismus“). Dazu gehörte auch das Konzept einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung, wie es schon im „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“ 1933 und in den folgenden Jahren von Jakob Kaiser in Zusammenarbeit mit Wilhelm Leuschner (SPD) und Max Habermann (DHV) entworfen

worden war. Die gemeinsame Verfolgungs- und Widerstandserfahrung verstärkte noch die Entschlossenheit zur Einheitsgewerkschaft als gewerkschaftlicher Organisation nach Beseitigung des NS-Staats. Ebenso hat das Mitbestimmungsrecht, dessen gesetzliche Ausgestaltung schon in der frühen Weimarer Republik begonnen hatte, durch die Überlegungen und Verständigungen im Widerstand eine Bekräftigung als zentrales Element einer freiheitlichen Neuordnung des Wirtschaftslebens erhalten.

Die deutlichste Kontinuitätslinie vom christlichen demokratischen Widerstand zur Nachkriegszeit und in die Bundesrepublik hinein weist für die Wirtschaftsordnung und -politik indes die Soziale Marktwirtschaft auf. Als wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung, die den freien Marktprozeß mit gerechtem sozialem Ausgleich verbindet, setzte sie sich seit 1948 im freien Teil Deutschlands durch. Auf diesem „dritten Weg“ soll das Wirtschaftshandeln, statt es durch Planvorgaben oder staatlichen Zwang zu beschränken, in einem von der Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl und dem Grundwerte-Ethos bestimmten Rahmen erfolgen. Vor allem die aus universitären Oppositionsgruppen und aus Arbeitsgemeinschaften der ordoliberalen Schule der Nationalökonomie hervorgegangenen Freiburger Widerstandskreise hatten in Verbindung mit Mitgliedern der Bekennenden Kirche Einfluß auf die wirtschaftsethischen Überlegungen anderer Widerstandszentren und darüber hinaus auf die programmatische Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft. Hier ist nicht nur die Verflechtung der „Geschichte der nachkriegsdeutschen Sozial- und Wirtschaftsordnung mit der Geschichte des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur“ gegeben. Auch die Interkonfessionalität, die für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft aus der oppositionellen Programmatik im Dritten Reich zum Ordnungsrahmen der Bundesrepublik entscheidend geworden ist, wird evident. Katholische Soziallehre, evangelische Sozialethik und Ordo-Liberalismus

legten zusammen den Grundstein des Sozialstaats Bundesrepublik Deutschland.

Grundentscheidung: Europa

Mit den Intentionen zum Abbau nationalstaatlichen Denkens verbanden sich im weiteren Vorschläge für eine über-nationale Gemeinsamkeit und Gestaltung in Europa. Je katastrophaler sich die Gewaltherrschaft und das Kriegsgeschehen entwickelten, desto mehr traten in den oppositionellen Zukunftsplanungen Vorstellungen einer „geeinigten europäischen Völkergemeinschaft“ in den Vordergrund. Zum Teil waren allerdings diese außenpolitischen Ideen – je nach dem Realisieren der Kriegslage und des Ausmaßes der alliierten Kriegsziele – sehr illusionär. Erst im Schatten des Ost-West-Gegensatzes, als es notwendig wurde, sich gegen den vordringenden Bolschewismus abzusichern, wurde die Einigung Europas zur vordringlichsten politischen Aufgabe. Zugleich muß man auch sehen, daß die europäische Integration als Zielvorstellung, als Alternative zum Nationalismus in der antitotalitären Grundentscheidung angelegt war. Im christlichen demokratischen Denken war der Antitotalitarismus mit einer dezidiert christlich-abendländischen Orientierung verbunden. In der Abwehr der totalitären Bedrohung entfaltete sich das Bewußtsein historischer und geistiger Gemeinsamkeit im „abendländischen“ Kulturkreis und wurde vor allem in den Ländern mit einem starken Katholizismus von den dort neugegründeten christlich-demokratischen Parteien gefördert. Zwar haben auch die Widerstandsbewegungen in den von Deutschland besetzten Ländern ebenso wie andere deutsche Widerstandsgruppen Vorschläge für die europäische Nachkriegsordnung entwickelt und Föderationskonzepte entworfen, aber die geistig-politische Affinität zur europäischen Idee zeigt sich in der Programmatik der christlichen Demokraten am stärksten ausgebildet.

Nur kurz soll darauf hingewiesen werden, daß die Vorstellung der „Mitte“ und des „dritten Weges“, wie sie in der Konkurrenz der politischen Bewegungen und bei der Formierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine Rolle gespielt hat, auch ein außenpolitisches Pendant hatte: ein vereinigtes Europa als „dritte Kraft“ zwischen der freiheitlichen demokratischen Vormacht USA im Westen und der kommunistischen Vormacht Sowjetunion im Osten. Noch weit mehr aber wog, daß die Gemeinsamkeit in der Verfolgung und im Widerstand auf europäischer Ebene die Überwindung nationaler Gegensätze und Vorurteile ermöglichte, so wie sie im Hitler-Reich zur Interkonfessionalität christlich-demokratischer Opposition geführt hat und dadurch der Union den Weg bereitete. Von großem Einfluß ist dabei gewesen, daß in Italien, in Österreich, teilweise auch in Frankreich christlich-demokratische Bewegungen mit ähnlicher Vorgeschichte der Verfolgung und des Widerstandes gegen das unterm Hakenkreuz agierende „Reich“ entstanden waren. Als Initiatoren einer supranationalen Verständigung und Zusammenarbeit der Christlichen Demokratie in Europa wurden zudem emigrierte Zentrumspolitiker tätig. Beides erleichterte nach Kriegsende die Kontaktaufnahmen zur Mitarbeit für ein christlich inspiriertes vereintes Europa.

* * *

Heute wird kaum noch in Zweifel gezogen, daß die nicht-sozialistischen Kräfte, die das parlamentarische System von Weimar getragen hatten, politisch verfolgt waren und sich dem Nationalsozialismus widersetzt haben. Unbestreitbar ist, daß sie die Kernmannschaft im Gründungsprozeß von CDU und CSU bildeten. Ihr Anteil am politisch-gesellschaftlichen Neuaufbau nach 1945 war bedeutend. Der personellen Kontinuität zwischen Verfolgungs- und Widerstandszeit im Dritten Reich und der

Nachkriegsdemokratie der Bundesrepublik entsprach eine ideelle Kontinuität, die in den politischen Grundentscheidungen der Nachkriegszeit und in den Aufbaujahren der Bundesrepublik nachweisbar ist. Es waren eben nicht die „alten Nazis“, sondern die noch älteren „Weimarer“, die, durch die Erfahrung der NS-Herrschaft, durch die Leiden der Verfolgung und durch die Gemeinsamkeit im Widerstand gegen das Gewaltregime einsichtsvoller und konsensbereiter geworden, der demokratischen Neuordnung nach 1945 den Stempel aufdrückten – in CDU und CSU ebenso wie in den anderen Parteien des demokratischen Neuanfangs.

Jakob Kaiser, einer der führenden Widerstandskämpfer und Mitgründer der CDU in Berlin, ist der Kronzeuge für den historischen Zusammenhang von Widerstand und Unionsgründung. „Überlebende des 20. Juli“, so berichtete er im Dezember 1945 in einem Rundschreiben seinen ehemaligen Gewerkschaftskollegen, hätten sich zur Bildung einer „großen einheitlichen und demokratischen Partei“ zusammengefunden.

Das Vermächtnis des 20. Juli 1944 ist in der Bundesrepublik von CDU und CSU kontinuierlich gepflegt und als Verpflichtung zur Bekämpfung des Totalitarismus und zur Verteidigung der Freiheit angenommen worden. Aus dem „Kampf gegen den Ungeist des Terrors“ sei die Grunderkenntnis hervorgegangen, das politische Feld nicht „den Feinden der Freiheit und der Gesittung, den Verneinern des Christentums zu überlassen“, so 1954 Karl Arnold, Ministerpräsident von Nordrhein Westfalen, Mitgründer der CDU und der Einheitsgewerkschaft in Düsseldorf. Jakob Kaiser, der inzwischen im Widerstandskampf gegen den Kommunismus Zuflucht im freien Deutschland gefunden hatte und erster Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen geworden war, wollte im „20. Juli“ nicht nur den einen Tag sehen. „Seinem Geschehen“, so erklärte er, „ging die Widerstandsarbeit von Jahren, zum Teil von mehr als ei-

nem Jahrzehnt voraus, in denen Menschen und Gruppen mit hartem Willen um die Möglichkeiten der Rettung unseres Volkes rangen und in denen sie sich um die Konzeption einer neuen Ordnung mühten. In dieser ihrer Vorbereitungsarbeit liegt auch für unsere heutige Zeit Wegweisendes.“ (1952)

Lit.: ARETZ, Jürgen: Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. 2. Aufl. Mainz 1982; BECKER, Winfried: Widerstand aus christlicher Wurzel, vornehmlich aus dem Umkreis des politischen Katholizismus und der christlichen Gewerkschaften. In: RINGSHAUSEN, Gerhard/VOSS, Rüdiger von (Hg.): Widerstand und Verteidigung des Rechts. Bonn 1997, S. 51–96; DERS.: Gründung und Wurzeln der Christlich-Sozialen Union. In: Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU. Hg. Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 69–107; BUCHSTAB, Günter/KAFF, Brigitte/KLEINMANN, Hans-Otto (Hg.): Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler. 2. Aufl. Düsseldorf 1990; DIES. (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg i.Br. 2004; BÜCKER, Vera: Der Kölner Kreis und seine Konzeption für ein Deutschland nach Hitler. In: HPM 2 (1995), S. 49–82; GOERDELER, Carl: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hg. v. Sabine Gillmann und Hans Mommsen. 2 Bde. München 2003; GOLDSCHMIDT, Nils: Die Entstehung der Freiburger Kreise. In: HPM 4 (1997), S. 1–17; GOTTO, Klaus/REPGEN, Konrad (Hg.): Die Katholiken und das Dritte Reich. 3. Aufl. Mainz 1990; HEHL, Ulrich von: Katholischer Widerstand im Dritten Reich, in: ENGEL, Huberta (Hg.): Deutscher Widerstand – Demokratie heute. Bonn 1992, S. 43–61; HUMMEL, Karl-Joseph/STROHM, Christoph (Hg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig 2000; KAFF, Brigitte: 1933–1945. In: BECKER, Winfried u. a. (Hg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002, S. 44–52; MAIER, Hans: Christlicher Widerstand im Dritten Reich. In: Stimmen der Zeit 128 (2003), 3, S. 165–172; MAYER, Tilman: Ein christlicher Gewerkschaftler im Widerstand. Jakob Kaiser und der 20. Juli. In: RINGSHAUSEN, Gerhard/VOSS, Rüdiger von (Hg.): Widerstand und Verteidigung des Rechts. Bonn 1997, S. 107–132; MOLL, Helmut (Hg.): Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. 2 Bde. 3. Aufl. Paderborn 2001; MORSEY, Rudolf: Vorstellungen christlicher Demokraten innerhalb und außerhalb des „Dritten Reiches“ über den Neuaufbau Deutschlands und

Europas. In: BECKER, Winfried/MORSEY, Rudolf (Hg.): *Christliche Demokratie in Europa*. Köln, S. 189–212; RÜTHER, Daniela: *Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler*. Paderborn 2002; SCHMIECHEN-ACKERMANN, Detlef (Hg.): *Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich*. Berlin 1997; SCHNEIDER, Michael: *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*. Bonn 1999; STEHKÄMPER, Hugo (Hg.): *Protest, Opposition und Widerstand im Umkreis der (untergegangenen) Zentrumspartei*. In: SCHMÄDEKE, Jürgen/STEINBACH, Peter (Hg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*. München 1985, S. 113–150, S. 888–916; STEINBACH, Peter: *Der 20. Juli 1944. Die Gesichter des Widerstands*. Berlin 2004; DERS.: *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*. 2. Aufl. Paderborn 2001; STEINBACH, Peter/TUCHEL, Johannes (Hg.): *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*. Berlin 1994; DIES. (Hg.): *Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*. Berlin 2004; TOMBERG, Friedrich: *Weltordnungs visionen im deutschen Widerstand. Kreisauer Kreis mit Moltke – Goerdeler-Gruppe – Honoratioren. Stauffenbergs weltanschauliche Motivation*. Berlin 2005; UEBERSCHÄR, Gerd R.: *Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat 1933–1945*. Darmstadt 2005; WENTKER, Hermann: *Der Widerstand gegen Hitler und der Krieg. Oder: was bleibt vom „Aufstand des Gewissens“?* In: *GWU* 53 (2002), 1, S. 4–19.